

Wie die alte Fasnacht...

Nach der Fusion laufen alle Verträge der ehemaligen Gemeinden Wil und Bronschhofen während dreier Jahre weiter, und zwar für das jeweilige „alte“ Gemeindegebiet. Dies hat zur Folge, dass die Einwohner der Stadtteile Wil und Bronschhofen in verschiedenen Bereichen ungleich behandelt werden. Die Fraktion GRÜNE pröwil forderte, dass vor Vollzug der Gemeindefusion Lösungen für diese Problematik erarbeitet werden. Das Stimmvolk hat jedoch entschieden, dass die Ungleichbehandlung bis auf weiteres zu akzeptieren ist. Dies gilt auch für den Schulvertrag mit dem Kathi: Das Schulgeld wird bis zum Vorliegen eines neuen Vertrages nur für die Kathi-Schülerinnen aus der früheren Stadt Wil bezahlt.

Im Jahr 2013 hat die Stadt aus unerfindlichen Gründen die Schulgelder derjenigen Bronschhofer Schülerinnen übernommen, welche bereits vor der Fusion das Kathi besuchten. Dadurch erhielten sieben Familien einen Sondervorteil gegenüber allen anderen Bronschhofern. Diese willkürliche Praxis wurde per 2014 eingestellt – schliesslich kann man eine Ungerechtigkeit nicht durch eine andere beseitigen. GPK und Parlament haben diskussionslos zur Kenntnis genommen, dass die Zahlungen im Budget 2014 nicht mehr vorgesehen sind. Es zeugt von Inkompetenz und schlechtem Stil, dass gewisse Parlamentsmitglieder, die damals geschwiegen haben, sich nun entrüsten und eine völlig unnötige Debatte vom Zaun brechen.

Auch ohne Zwängerei wird die Schulgeldfrage mit dem neuen Kathi-Vertrag bis spätestens 2016 geklärt. Eine andere, problematische Konsequenz der Gemeindefusion erledigt sich dagegen nicht von selbst: Die Technischen Betriebe Wil leisten eine jährliche Abgabe an den städtischen Haushalt. Die TBW-Kunden im ehemaligen Stadtgebiet Wil bezahlen so eine indirekte „Zusatzsteuer“. Profiteure sind die Bewohner im ehemaligen Gemeindegebiet Bronschhofen, welche weiterhin durch ihre Korporationen versorgt werden und keinen solchen Beitrag an die Stadtfinanzen leisten. Eine Lösung ist bislang nicht in Sicht.

Sebastian Koller,
Stadtparlamentarier Junge Grüne